

Mai zeitung 2026

Rüsselsheimer
Aktionsbündnis für
soziale Gerechtigkeit



Demokratie und Sozialstaat verteidigen!

Die zunehmende wirtschaftliche und politische Macht von Superreichen und Konzernen verschärft die soziale Ungleichheit und gefährdet die Demokratie, so Oxfam Deutschland im Ende Januar 2026 vorgelegten „Bericht zur weltweiten Ungleichheit“. Superreiche Multimillionär:innen und Milliardär:innen werden immer reicher. Ende November 2025 verfügten die 3.000 Milliardär:innen weltweit über 18,3 Billionen US-Dollar – 2,5 Billionen mehr als noch ein Jahr zuvor. Der reichste Mann der Welt, Elon Musk, konnte sein Vermögen von 500 Milliarden Dollar vom Oktober 2025 bis zum Jahreswechsel auf über 775 Milliarden US-Dollar Anfang Februar 2026 steigern. Dem kriminellen Reichtum Weniger steht fast die Hälfte der Weltbevölkerung, nämlich 3,77 Milliarden Menschen, gegenüber, die in Armut und das heißt von 8,30 US-Dollar pro Tag leben müssen.

Feinde der Demokratie

Elon Musk und weitere Tech-Milliardäre sind erklärte Feinde der Demokratie. So sind für den „rechtslibertären“ Mitbegründer von Pay Pal und Palantier, Peter Thiel, Freiheit und Demokratie nicht miteinander vereinbar. In der Demokratie sollte auch die Macht der Eliten begrenzt sein. Für die Tech-Milli-

ardäre ist das eine unzulässige und empörende Einschränkung. Sie treten von jeder gesellschaftlichen Verpflichtung und Verantwortung zurück, Menschlichkeit ist ihnen fremd und sie kündigen der Welt den Gesellschaftsvertrag auf. Globale Armut, Klimakatastrophe und

TAX
THE RICH
DEMOKRATIE GEHT
NUR GERECHT

Mobbingopfer in „sozialen“ Medien – selbst schuld wen's trifft. Das ist auch die Philosophie Donald Trumps, er ist der Mann der Superreichen und die AfD kopiert diese Politik.

„Flood the zone“

Es ist das erklärte Ziel der Tech-

Milliardäre, Donald Trumps, diverser globaler Autokraten und der AfD, die Demokratie als Staatsform durch Ultraliberalismus und Autoritarismus abzulösen. Sehr bewusst betreiben sie dabei die Zerstörung demokratischer Öffentlichkeit durch gezielte Desinformation, Reizüberflutung, Lügen, Leugnen des Klimawandels, Hassparolen, Provokationen und die gezielte Nutzung digitaler Medien. Diese Strategie der Desorientierung – „Flood the zone with Shit“ – geht auf den früheren Trump-Berater Steve Bannon zurück und richtet sich gezielt gegen rechtsstaatliche Institutionen, gegen demokratische Medien, soziale Rechte und alle die sich für sozialstaatliche Regulierung stark machen.

Regulierung – notwendiger denn je

Wir haben es der neoliberalen Politik der vergangenen Jahrzehnte zu verdanken, dass sich die gesellschaftliche Infrastruktur Deutschlands vielerorts in einem erbärmlichen Zustand befindet, marode Schulen, Brücken und Bahnlinien überall. Die

KfW Bank beziffert den bundesweiten Investitionsrückstand auf insgesamt 216 Milliarden Euro, davon entfallen 31 Prozent auf Schulen. Vor diesem Hintergrund gerät der Sozialstaat immer mehr unter Druck.

Arbeitgeber und Teile der Politik – allen voran die AfD – fordern Kürzungen bei Rente, Gesundheit, Pflege und Bürgergeld und ignorieren dabei, dass auch in Deutschland die soziale Spaltung der Gesellschaft ständig zunimmt.

Nach Angaben von Oxfam ist in Deutschland der Anteil der von Armut betroffenen Menschen seit 2010 von 14,1 auf 17,6 Prozent gestiegen. Eine Entwicklung, die nach Ausbau und nicht nach Abbau des Sozialstaates schreit. Dazu gehören auch ein armutsfester Mindestlohn, die Tarifbindung von Löhnen und

Gehältern und eine funktionierende Mitbestimmung in den Betrieben. Reregulierung statt Deregulierung ist das Gebot der Stunde.

Der Sozialstaat kann finanziert werden. Gemessen an der Wirtschaftsleistung sind die Ausgaben in den Bereichen Grundsicherung, Rente und Arbeitslosenversicherung genauso hoch oder sogar niedriger als vor 15 oder 20 Jahren.

Ein erster Schritt um eine der großen Gerechtigkeitslücken im bestehenden Steuersystem zu schließen, wäre die Wiedereinführung der Vermögenssteuer. Sie könnte bis zu 120 Milliarden jährlich einbringen und mit dazu beitragen, den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft und damit die Demokratie zu stärken.

Quellen: DGB-Infoservice einblick, Nr. 12 Dez 2025; Oxfam Deutschland, Die Zerreißprobe. Wie extreme Ungleichheit die Demokratie gefährdet, Januar 2026; Attac Trägerverein e.V., Rundbrief 04/25

Tag der Arbeit 2026: Erst unsere Jobs, dann eure Profite

DGB

"Erst unsere Jobs, dann eure Profite" ist unser Motto zum 1. Mai 2026. Wir Gewerkschaften sind die Schutzmacht der Beschäftigten und kämpfen jeden Tag um jeden Job. Jobsicherheit hat für uns höchste Priorität. Seid dabei – gemeinsam sind wir unschlagbar!

Tag der Arbeit 2026: Geh mit uns am 1. Mai auf die Straße

Ja, unsere Kolleginnen und Kollegen kämpfen um ihre Jobs und ihre Zukunft – aber sie stehen nicht allein da, sie können mit der Unterstützung der Gewerkschaften rechnen! Seit zwei Jahren erleben wir eine Wirtschaftskrise, die Zehntausende Industriearbeitsplätze kostet. Standorte schließen, Unternehmen verlagern ihre Produktion ins Ausland. Doch die Verantwortung dafür liegt nicht bei denen, die jeden Tag ihre Arbeit machen.

Die Wahrheit ist: Viele Arbeitgeber drücken sich vor ihrer Verantwortung. Tag für Tag erleben wir von den Medien und der Regierung Angriffe auf hart erkämpfte Rechte – auf den 8-Stunden-Tag, auf Lohnfortzahlung, auf soziale Sicherheit. Und immer wieder dieselbe falsche Behauptung: Die Löhne seien zu hoch. Damit ist jetzt Schluss!

Wir Gewerkschaften stehen auf und kämpfen – für jeden einzelnen Arbeitsplatz. Wir sind die Schutzmacht der Beschäftigten, und Jobsicherheit ist unser oberstes Gebot.

Unsere hart errungenen Rechte gelten heute genauso wie gestern. Das Grundgesetz sagt: Eigentum verpflichtet. Und diese Verpflichtung heißt konkret: Verantwortung für Arbeitsplätze übernehmen, in den Standort Deutschland investieren, gemeinsam mit uns Lösungen finden. Wir lassen nicht zu, dass Profitinteressen über Menschenleben gestellt werden!

1. Mai
2026

Erst unsere
Jobs,
dann eure Profite

DGB

Kundgebung

Rüsselsheim – Löwenplatz – 10.30 Uhr

Bernd Heyl

(DGB-Kreisverband Groß-Gerau)

Thilo Hartmann

(GEW Hessen - 1. Vorsitzender)

Adam Bouchlaghem

(Schüler)

Andreas Kessler

(VKL Opel Rüsselsheim)

ver.di – Stadt Rüsselsheim

ab 13:00 Uhr:

Mai-Feier im Naturfreundehaus Rüsselsheim
bei Getränken, Essen, Kaffee und Kuchen – Musik

Kommunalverwaltung immer noch am Limit



Schon länger arbeitet unsere Stadtverwaltung personell am Limit, konkret wurden über mehrere Jahre hinweg ca. 280 Stellen dauerhaft nicht besetzt und die direkten Auswirkungen sehen wir jetzt. Die Anzahl der Überlastungsanzeigen ist in den letzten beiden Jahren sprunghaft angestiegen und nimmt stetig zu. Kolleg:innen werden krank durch Überlastung und fallen dann aus oder sie verlassen die Stadtverwaltung ganz, weil sie bei anderen Arbeitgeber:innen bessere Arbeitsbedingungen vorfinden.

Täglich grüßt das Murmeltier ... aufmerksame 1. Mai-Zeitungsleser:innen reiben sich die Augen und denken: der gleiche Artikel? Genau - es hat sich nämlich leider nichts zum Guten verändert. Das Gegenteil ist der Fall: bezogen auf unsere Kommune ist die Stellenbesetzungssituation dramatisch und die Fluktuation nach wie vor sehr hoch.

Für einen funktionierenden öffentlichen Dienst

Aktuelle Studien zeigen leider auch einen negativen Trend: Stand Juli 2025 fehlten bundesweit 600.000 Beschäftigte im öffentlichen Dienst. Besonders betroffen sind Länder und Kommunen, die zentrale Aufgaben für Bürger:innen bearbeiten. Die Gründe sind vielfältig. Zum einen haben wir es mit einer Zunahme von Aufgaben zu tun, die in der Folge auch zusätzliches Personal fordert. Solche Aufgaben sind aktuell z.B. die Ganztagsbetreuung und die

generell ausgebaute Kindertagesbetreuung, überbordende gesetzliche Dokumentationspflichten, die Digitalisierung der Verwaltung, Begleitung von Infrastrukturprojekten usw.

Ein funktionierender öffentlicher Dienst wäre in diesen politisch immer instabiler werdenden Zeiten ein wichtiges Signal an die Bevölkerung, dass sie sich darauf verlassen kann, dass „der Staat“ in der Lage ist, sich um ihre Anliegen zu kümmern und könnte dazu beitragen, dass das Vertrauen in die Demokratie erhalten bleibt. Unsere Aufgabe als Gewerkschafter:innen muss es zum einen sein, das im Blick zu haben und zum anderen, weiter dafür zu kämpfen, dass sich die Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst verbessern!

An dieser Stelle stehen alle (Kommunal-) Politiker:innen in der Verantwortung, dafür zu sorgen, dass öffentlicher Dienst auf allen Ebenen gelingt, d.h. dass unsere Arbeitsbedingungen und die Personalausstattung besser werden und Bürger:innen nicht das Vertrauen in einen funktionierenden demokratischen Staat verlieren.



Kultur 123 der Stadt Rüsselsheim steht unter massivem Druck



Sparvorgaben der Stadt führen seit Jahren im Eigenbetrieb Kultur 123 mit den Betriebsteilen Musikschule, Stadtbücherei, Theater und Volkshochschule zu Einschnitten bei Personal, Angeboten und Infrastruktur. Wachsende Arbeitsbelastung, unbesetzte Stellen und fehlende Mittel für dringend notwendige Investitionen sind die Folge. Gleichzeitig sinkt das Angebot: Es gibt weniger Unterrichtsangebote, die Wartezeiten steigen, bewährte Projekte werden nicht mehr weiter angeboten und bestehende sind vor dem Aus. Dramatisch ist, dass sogar drei

von sechs Ausbildungsstellen nicht besetzt sind, weil niemand da ist, der diese Auszubildenden ausbilden könnte.

Für die Kolleg:innen ist es emotional belastend, dass langjährig aufgebaute Angebote, mit denen sie sich stark identifizieren, wegzubrechen drohen. Die Qualität kultureller Bildung und Teilhabe in der Stadt ist gefährdet.

Die Beschäftigten schlagen Alarm: Kultur ist kein Luxus, sondern ein zentraler Bestandteil des gesellschaftlichen Lebens.

Wenn weiter gekürzt wird, verliert die Stadt nicht nur Angebote, sondern auch engagierte Fachkräfte. Zum 1. Mai fordern wir daher: verlässliche Finanzierung, Entlastung der Beschäftigten und eine klare Perspektive für den Erhalt und den Ausbau kultureller Infrastruktur in Rüsselsheim.

Denn ohne die vielfältigen Kultur- und Bildungsangebote verschlechtern sich die Aussichten besonders für junge Menschen in dieser Stadt!

Ver.di Vertrauensleute bei der Stadtverwaltung Rüsselsheim

Wir brauchen starke Mitbestimmung!



Die Automobilindustrie steht vor tiefgreifenden Umbrüchen. Elektrifizierung, globale Konkurrenz und massive Sparprogramme stellen Betriebsräte, Gewerkschaften und Beschäftigte vor immer neue Herausforderungen. Zugleich verschärfen Verlagerungsentscheidungen den Druck: Wenn Produktion und Entwicklung ins Ausland abwandern, verlieren Standorte nicht nur Arbeitsplätze, sondern auch ihre gewachsene industrielle Kompetenz.

Industriepolitik für sichere Arbeitsplätze

Gerade deshalb gewinnt eine europäische Industriestrategie an Bedeutung. Ansätze wie „Made in Europe“ können dazu beitragen, Wertschöpfung, Innovation und damit Arbeitsplätze

in Europa zu sichern. **Local Content** als Antwort der IG Metall wird damit zu einem wesentlichen Hebel zur Sicherung heimischer Wertschöpfung und gegen unfaire Wettbewerbsbedingungen im globalen Ringen um Marktanteile und Verkaufszahlen. Zusammen mit der IG Metall machen sich unsere Betriebsräte und die Opel-Vertrauensleute dafür stark, dass auch der Standort Rüsselsheim davon profitiert.

Sorge um Angriffe auf soziale Errungenschaften

Gleichzeitig besorgt viele Kolleginnen und Kollegen, wie gesellschaftliche Errungenschaften infrage gestellt werden – ob Angriffe auf den Sozialstaat, Debatten über längere Arbeitszeiten bzw. „Lifestyle-Teilzeit“

oder der Abbau von Regelungen zum Arbeits- und Gesundheitsschutz.

Deshalb: Starke Mitbestimmung!

Deshalb braucht es in den Betrieben eine starke und durchsetzungsfähige Gewerkschaft: Gestärkt durch die letzten Betriebsratswahlen geben wir als IG Metall bei Opel den Beschäftigten eine starke Stimme und kämpfen – für bessere gesetzliche Rahmenbedingungen, den Schutz unserer Arbeitsplätze und für den Erhalt des Sozialstaates! Wir kämpfen für mehr wirtschaftliche Mitbestimmung – am 1. Mai, auf der Straße und jeden Tag im Betrieb!

Opel Vertrauensleute

Was ist mit den Sozialassistent:innen?

Seit 2006 gibt es in Hessen die Ausbildung zum/zur Sozialassistent:in, diese bildet die Grundlage für den existenziell wichtigen Ausbildungsberuf der Erzieher:in. Sofort hat sich die Gewerkschaftsjugend hier in Rüsselsheim am Main dafür eingesetzt, diese schulische Ausbildung im Hinblick auf den absehbaren Fachkräftemangel attraktiv zu gestalten. So ist es uns gelungen, für Praktikant:innen wenigstens ein Taschengeld zu erkämpfen. Für diese Ausbil-

dung ist eigentlich keine Vergütung vorgesehen. Wir wussten schon damals, dass es unabdingbar ist Menschen für das Berufsfeld im Sozial- und Erziehungsdienst zu motivieren und auszubilden. Mitte der 2000er war der Fachkräftemangel schon deutlich spürbar jedoch noch kein dominierendes Problem.

Verschärfte Dynamik

Spätestens mit dem Rechtsan-

spruch auf einen Betreuungsplatz ab 2013 verschärft sich die Dynamik. Die Nachfrage nach Fachkräften wuchs schneller als ausgebildet werden konnte. Ausgerechnet in dieser Zeit kam die Kommunalpolitik auf die irrsinnige Idee, den Sozialassistent:innen das „Taschengeld“ zu streichen. Die Folge: Bewerbungen blieben aus! Das hat sich die Jugend natürlich nicht gefallen lassen, dank der unermüdlichen Bemühungen der Gewerkschaftsjugend wurde dieser Feh-

ler wieder korrigiert, das „Taschengeld“ wieder eingeführt und seitdem nichts daran verändert. So wird seit nun mehr als 20 Jahren, den Praktikant:innen ein „Obolus“ von 230 Euro monatlich ausgezahlt, welcher heutzutage einfach ein Witz ist! Sie werden dringend gebraucht jedoch nicht angemessen bezahlt.

So entsteht ein widersprüchliches System, in dem die Politik den Fachkräftemangel zwar als Krise benennt, zentrale Ursachen aber unangetastet bleiben! Das Problem wird sich durch den demografischen Wandel, zukünftig weiter verschärfen und ist das Ergebnis jahrelanger struktureller Versäumnisse.

Taschengeld erhöhen

Besonders gravierend ist, dass ein zentraler Hebel, die Vergütung von Auszubildenden, einfach lange ignoriert wurde. Die Tatsache, dass Sozialassistent:innen seit über 20 Jahren mit unveränderten Beträgen abgespeist werden, steht sinnbildlich für dieses Problem. Dementsprechend fordern wir die Kommunalpolitik auf, Ihr Ver-

säumnis zu korrigieren und das Taschengeld von 230 Euro endlich zu erhöhen!

Ver.di Jugend



Foto: ver.di



Kontakt

Ansprechpartner:innen

Patrick Butsch (ver.di)
06142-832333

Bernd Heyl (GEW)
06152-1877471

Hans-Peter Greiner (KAB)
06142-46798

Ingridt Reidt (Kath. Betriebsseelsorge)
06142-64104

Treffpunkt/Postadresse:

Haus der
Kath. Betriebsseelsorge
Weisenauer Straße 31,
65428 Rüsselsheim

Druck:

Druckerei Bode, Wiesbaden

„An der Bildung darf nicht gespart werden!“

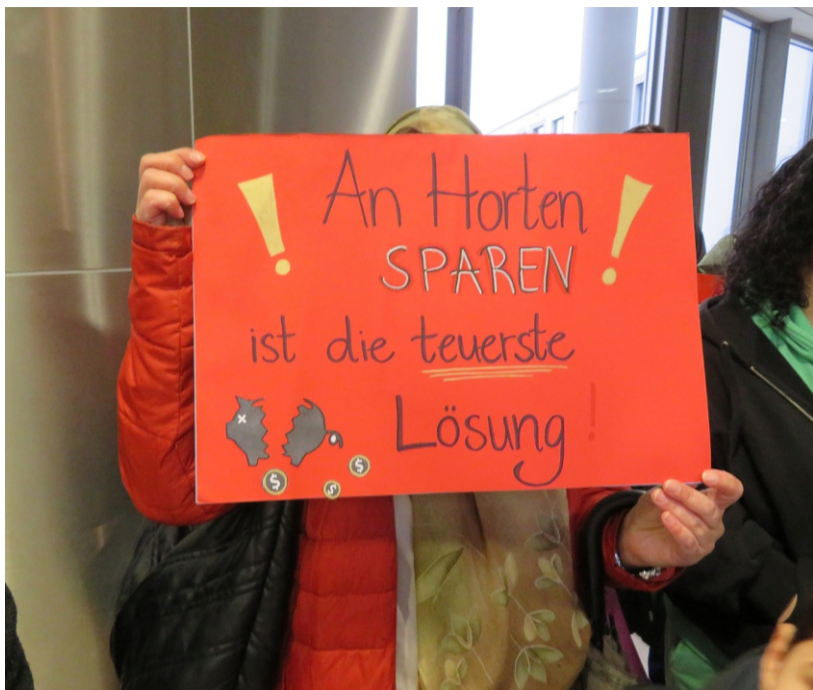


Foto: Karola Pruschke-Löw

Wenn eine Landesregierung Kürzungen im Bildungsbe- reich auf Kosten der Schwäch- sten plant, wird ein Verspre- chen der Politik zu Grabe ge- tragen.

Dem Protest von Eltern und Erzieher:innen gegen die Auflö- sung der Horte in Rüsselsheim lag nicht zuletzt die Befürchtung zugrunde, damit werde sich die Qualität der Betreuung deutlich verschlechtern. Mehr Grundschüler:innen in der Ganz- tagsbetreuung ohne deutliche Verbesserung der Rahmenbe- dingungen, insbesondere der personellen Versorgung, läuft auf eine Verwahrung hinaus. Eine „Zentralisierung“ von 300 Kindern an einer Schule mit weniger Personal, mag wirt- schaftlich „effektiv“ sein, auf die Länge allerdings ein Verlustge- schäft.

Es ist eine Binsenweisheit: Je jün- ger, desto mehr Bindung an eine Bezugsperson ist für die Ent- wicklung von Kindern nötig. Sie brauchen Orientierung nach Werten, wie sie in der Men- schenrechtskonvention formu- liert sind. Das bieten verlässliche Erwachsene als verfügbare An- sprechpartner.

Unzureichend integrierte und ausgebildete Jugendliche lan- den schnell in prekären Beschäf- tigungsverhältnissen oder gleich in der Arbeitslosigkeit. Wen wundert es, wenn sich daraus Armut und höhere Trans- ferleistungen ergeben?

Die neusten Kürzungen im Bil- dungsbereich sind eine Kata-

strophe und blenden die Folge- kosten völlig aus. Wenn ausge- rechnet in den Gesamtschulen Stellen für die Differenzierung von Lernangeboten wegfallen, betrügt man viele Kinder um die Ausbildung ihrer vorhandenen Fähigkeiten.

Sogar an den Intensivklassen (Sprachkursen) für zugewand- erte Kinder soll gespart werden, d.h. in größeren Gruppen weniger Personal und Unter- richt. Gleichzeitig wird dann über mangelnde Deutsch- kenntnisse und fehlende Inte- gration geklagt?

Inklusion ist ohne zusätzliche Förderung nicht möglich. Es genügt nicht, einfachere Ar- beitsblätter auszugeben; eine gezielte Förderung, wie sie der Lehr- und Lernplan vorsieht, braucht mehr! Denn jedes Kind hat seine eigenen Stärken und Schwächen. Das heißt auch, je heterogener die Gruppen, desto vielfältiger die Kompetenzen – wenn man sie zu entwickeln ver- steht!

Fachkräfte, wie wir sie angeblich so dringend benötigen, bekom- men in der Schule die Grundla- gen vermittelt. So ist es nicht ver- wunderlich, dass selbst Wirt- schaftsaaffine mehr Bildungsge- rechtigkeit anmahnen. Wenn dem so ist, das Bildungssystem aber angeblich nicht mehr aus- reichend zu finanzieren sei, darf sich eine fast steuerbefreite Klientel nicht länger ihrer Ver- antwortung entziehen.

Karola Pruschke-Löw



Häusliche Gewalt gegen Frauen



Was hat das Thema Prävention von häuslicher Gewalt gegen Frauen in der 1. Mai-Zeitung des Aktionsbündnisses für soziale Gerechtigkeit zu suchen? Exis- tenzsichernde Erwerbsarbeit von Frauen ist ein zentraler Bau- stein wirksamer Gewaltpräven- tion. Wer finanziell unabhängig ist, hat größere Handlungsspiel- räume, um sich aus gewaltvol- len Beziehungen zu lösen oder ihnen gar nicht erst ausgeliefert zu sein. Geschlechtergerechte Entlohnung und eine tarifbezo- gene, diskriminierungsfreie Bewertung von Arbeit sind

dabei entscheidend: Solange typische „Frauenberufe“ syste- matisch schlechter bezahlt und geringer bewertet werden, bleibt ökonomische Abhängig- keit ein strukturelles Risiko.

Die Istanbul-Konvention macht deutlich, dass Gewalt gegen Frauen nicht isoliert betrachtet werden darf, sondern eng mit gesellschaftlichen Macht- und Ungleichverhältnissen ver- knüpft sind. Strukturelle Ur- sachen von Gewalt müssen be- kämpft werden – dazu zählen auch ökonomische Benachteili-

gung und Lohnungleichheit. Eine Arbeitswelt, die gleiche Bezahlung für gleichwertige Arbeit garantiert und Frauen den Zugang zu existenzsichern- den Einkommen ermöglicht, stärkt nicht nur individuelle Autonomie, sondern wirkt prä- ventiv gegen Gewalt. Gleichstel- lungspolitik, Arbeitsmarkt- und Tarifpolitik sind damit integrale Bestandteile eines umfassenden Gewaltschutzes im Sinne der Istanbul-Konvention⁽¹⁾.

Carmen Größ
Frauenzentrum Rüsselsheim

⁽¹⁾ Die 81 Artikel der Istanbul-Konvention enthalten umfassende Verpflichtungen zur Prävention und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt, zum Schutz der Opfer und zur Bestrafung der Täter:innen.

Lieferkettengesetz: Ein Mittel gegen Menschenrechtsverletzungen in der globalen Wertschöpfung?



Arbeiter in einer Gerberei in Bangladesh

Foto (Quelle): <https://lieferkettengesetz.de/fallbeispiel/mit-fussen-getreten/>

Menschengemachte Katastro- phen wie der Einsturz der Textil- fabrik Rana Plaza mit über 1.100 Toten im April 2013 in Bangla- desch sollten sich niemals wie- derholen. Dafür engagiert sich seit Mitte der 2010er Jahre ein großes Bündnis aus NGOs, Kir- chen, Gewerkschaften und loka- len Akteuren (Initiative Liefer- kettengesetz.de).

Teil dieser Kampagne ist die Initiative Lieferkettengesetz Kreis Groß-Gerau. Sie versteht sich als ein offener Zusammen- schluss von Akteur:innen aus Gewerkschaften, kirchlichen Ein- richtungen, Institutionen, Be- hörden, Verwaltungen, Vereinen, sozialpolitischen Initiativen und Einzelpersonen, die sich gemeinsam gegen die Ausbeu- tung von Mensch und Natur positionieren und sich für den Schutz von Menschenrechten und Nachhaltigkeit in globalen Lieferketten einsetzen (Selbst- darstellung).

Die Kampagne hatte Erfolg: 2021 beschloss der Bundestag

das deutsche Lieferkettensorg- faltspflichtgesetz (LkSG), 2024 folgte die EU-Lieferketten- richtlinie (CSDDD).

Abgeschliffen

Der politische Wind hat sich gedreht. Die seit der Ampelkri- se laufende „Entbürokratisierungs- kampagne“ ist nur eine weitere Deregulierungskampagne. Das Lieferkettengesetz in Deutsch- land und die entsprechende EU Richtlinie werden meistens als erstes Beispiel für ‚hemmende Bürokratie‘ angeführt. Der Dis- kurs im Mainstream wurde ver- schoben: Vom Schutz der Men- schenrechte und der Natur wird das Lieferkettengesetz zum blo- ßen Wirtschaftshindernis.

Dennoch ist es nun da, dank intensivem Einsatz des Bündnis- ses. Im Prozess wurden das euro- päische CSDDD und das deut- sche LkSG durch Wirtschaftslob- byinterventionen abgeschliffen. Immerhin: Mit dem, was nun noch von der CSDDD übrig ist, gibt es entscheidende Schutz- mechanismen zur Verfügung – und Verbesserungen gegen- über dem LkSG. Aber selbst die- ses kleine Ergebnis ist weiterhin ‚unter Feuer‘. Es wird von den Initiativen verteidigt werden müssen.

Gerhard Moser
Initiative Lieferkettengesetz
Kreis Groß Gerau / IG Metall /
DGB Rüsselsheim

KEINE
GEWINNE
OHNE
GEWISSEN



Butter statt Kanonen – Rente statt Rendite!

Haben sie auch den Knall gehört? Die Sozialausgaben sind explodiert, die für die Rente natürlich mit.

Das ist nicht mehr finanzierbar. So tönt es von Merz über Spahn („Wenn man 100 wird, kann man nicht mit Mitte 60 aufhören zu arbeiten“), den Unternehmerverbänden bis zu den von BILD ernannten Superökonominnen. So erkannte Clemens Fuest (ifo-Institut): „Kanonen und Butter – das wäre schön, wenn das ginge. Aber das ist Schlaraffenland, das geht nicht. Sondern Kanonen ohne Butter.“ Somit wird eine 90-jährige Vorkriegsparole der Herren Göring und Heß erneut aufgegriffen. Und der Herr Fratzscher vom DIW fordert ein Jahr Zwangsdienst für Renter:innen als Buße dafür, dass sie in den 1990er Jahren „die Friedensdividende verfrühstückt“ und sich der Mühe des Erzeugens von Nachwuchs entzogen haben.

Tatsächlich ist der Anteil der Ausgaben der gesetzlichen Rentenversicherung am BIP (Bruttoinlandsprodukt) trotz der angeblich so fatalen Demografie seit Jahren rückläufig. 2004 betrug er 10,3%, 2024 nur noch 9,5%. Und der Beitragssatz sank von 19,5 auf 18,6%. Nicht verwunderlich angesichts der von 38,4 auf etwa 46 Millionen gestiegenen Erwerbstätigenzahl – trotz viel Teilzeit, zu geringem Mindestlohn und Wirtschaftskrise.

Dazu beigetragen hat allerdings die Absenkung des Rentenniveaus, was sich auch darin äußert, dass etwa 8 Millionen Altersrenten auf oder unter dem Grundsicherungsniveau von knapp 1000 Euro liegen. Die Ren-

ten von Frauen liegen im Durchschnitt ein Drittel unter denen von Männern.

Zur Verhinderung von Altersarmut sollte seit 2002 angeblich die private Altersvorsorge mit den geförderten kapitalgedeckten Riesterverträgen beitragen. Die erwiesen sich aber eher als Subventionierung der kapital-sammelnden Versicherungskonzerne und als Profitstabilisierung für die Unternehmen, da es dafür keinen Arbeitgeberbeitrag gibt. Etwa 55% der Geringverdiener:innen (Bruttolohn < 1.500 Euro) haben weder einen Riestervertrag noch Anrecht auf eine Betriebsrente. Was verständlicherweise die Unternehmerlobbys und ihre willigen Vollstrecker in der Politik nicht daran hindert, weitere Kürzungen der gesetzlichen Rente zugunsten kapitalgedeckter Anlagen, wie aktuell der „Aktienrente“ zu fordern.

Die Attac-Vorschläge für eine armutsfeste und gerecht finanzierte Rente orientieren sich an den existierenden Systemen in der Schweiz, Österreich, den Niederlanden und

Skandinavien. Wie es ermöglicht wird, dass das Rentenniveau in Österreich fast 50% über dem deutschen liegt und viele weitere Informationen zu Mythen und Realitäten sind nachlesbar im Attac-Basistext:

„Rente statt Rendite“ (VSA-Verlag, 8,50 Euro).

Kämpfen wir gemeinsam für ein Rentner:innen-Schlaraffenland ohne Altersarmut und Arbeitszwang in einem friedentüchtigen Land.

Heinz-Jürgen Krug



AttacBasisTexte 63



Joachim Braun/Julia Elwing/Werner Rätz

Rente statt Rendite!

Eine solidarische und armutsfeste Alterssicherung ist möglich



Atomwaffen aus Rüsselsheimer Perspektive

Am 22.1. jährte sich das Inkrafttreten des Atomwaffenverbotsvertrags zum fünften Mal. Schon vor über 55 Jahren sind die BRD und die DDR dem Nichtweiterverbreitungsvertrag von Atomwaffen beigetreten und verzichteten damit auf eigene Atomwaffen. Dennoch wird im Lande immer wieder diese für das Leben in Deutschland äußerst gefährliche Forderung nach deutscher Verfügungsgewalt über eigene Atomwaffen erhoben. Falls sich diese Forderung durchsetzen würde, gäbe es keinen Grund, den anderen rund 200 Staaten Atomwaffenbesitz zu verbieten. Alle Kriege liefen Gefahr atomar geführt zu werden, das Ende der Menschheitsgeschichte wäre dann alsbald zu erwarten.

Erfreulicherweise hat sich im nördlichen Kreisgebiet die überwältigende Mehrheit der Gemeindevertretungen und Bürgermeister dem Bündnis der Bürgermeister für Frieden angeschlossen (Nauheim, Mörfel-

den-Walldorf, Kelsterbach, Raunheim, Rüsselsheim, Groß-Gerau, Ginsheim-Gustavsburg und auch der Landkreis Groß-Gerau), welches ausgehend von Hiroshima und Nagasaki jegliche Atomwaffen ablehnt. Deutschland ist allerdings dem Atomwaffenverbotsvertrag der UNO, dem inzwischen über die Hälfte der Staaten der Welt beigetreten ist, immer noch nicht beigetreten.

ICAN – die Organisation, die für ihre Aktivitäten zur Durchsetzung dieses Verbotsvertrags 2017 den Friedensnobelpreis erhalten hat – initiierte darum den ICAN-Städteappell, mit welchem Gemeinden und Bundesländer die deutsche Regierung und den Bundestag auffordern, dem Atomwaffenverbotsvertrag der UNO beizutreten. Auch dieser Appell wurde von den größeren Kommunen im nördlichen Kreisgebiet (Rüsselsheim, Groß-Gerau, Mörfelden-Walldorf, Landkreis Groß-Gerau) und allen Großstädten unserer im

Kriegsfall besonders bedrohten Region unterzeichnet.

So erfreulich die kommunale Beschlusslage hinsichtlich der Herstellung und dem Einsatz von Atomwaffen also aussieht, so vermisst der Friedensstreiff Rüsselsheim und Umgebung doch, dass diese unsere Gemeinden und Bürgermeister, die dem Friedensbündnis der „Bürgermeister für Frieden“ beigetreten sind, in den Parteien und Medien, die seit Jahren verstärkt Feindbilder, Aufrüstung und „Kriegstüchtigkeit“ propagieren, solchen Tendenzen massiver entgegen treten. Denn mit den heutigen atomaren Waffen existiert erstmals in der Menschheitsgeschichte die Möglichkeit, das Leben auf der Erde zu vernichten, womöglich gar ungewollt aufgrund technischer Fehler bei durch Mittelstreckenraketen – wie demnächst in Wiesbaden – verkürzter Vorwarnzeit.

Dieter Stork,
Friedensstreiff Rüsselsheim



DGB-Forderungen an Politik und Wirtschaft

DGB

Deutschland hat viele Stärken – nutzen wir sie!

Deutschland verfügt über entscheidende Standortvorteile: Bestens ausgebildete Fachkräfte, eine leistungsfähige Industrie, weltbekannte Qualitätsprodukte und bewährte Sozialpartnerschaft. Statt alles immer nur schlechtzureden, müssen wir unsere Stärken für die Zukunft nutzen.

Jetzt in Zukunftstechnologien investieren

Die Unternehmen müssen heute die Weichen für morgen stellen: Künstliche Intelligenz, Batterietechnologie und klimaneutrale Produktion sichern die Arbeitsplätze der Zukunft. Wer hier nicht investiert, verliert den Anschluss.

Verantwortung für den Standort übernehmen

Die Arbeitgeber müssen sich klar zu Deutschland bekennen: mit Investitionen statt Standortverlagerungen, mit Perspektiven statt Stellenabbau. Gemeinsam mit uns Gewerkschaften wird das gelingen – auf Augenhöhe und mit fairen Kompromissen.

Eigentum verpflichtet

Eigentum verpflichtet – so steht es im Grundgesetz. Und es darf kein Lippenbekenntnis bleiben. Wer Gewinne macht und vom Steuerzahler profitiert – durch Subventionen, Infrastruktur und bezahlbare Energie – muss Verantwortung für Arbeitsplätze und Standorte übernehmen.

Gerechte Steuerpolitik

Wir fordern eine höhere Besteuerung hoher Erbschaften und sehr großer Vermögen.

Das ist eine Frage der Gerechtigkeit: Während Beschäftigte jeden Monat Steuern und Sozialabgaben zahlen, werden Millionenerbschaften kaum belastet. Mit einer gerechteren Steuerpolitik können wir die notwendigen Investitionen in Infrastruktur, Bildung und sozialen Zusammenhalt finanzieren. Wer viel hat, muss mehr zum Gemeinwohl beitragen.

Wir Gewerkschaften stehen an deiner Seite. Wir kämpfen für gute Arbeit, für soziale Sicherheit und eine Zukunft, die allen Perspektiven bietet.

Mach dich stark mit uns!